

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark.  
In den Ausgabestellen monatlich 5 000 000 Mark. Bei Postbezug monatlich 5 486 000 Mark. Unter Streifen in Polen monatlich 9 000 000 Mark. Danzig 2,5 Gulden.  
Deutschl. 2,5 Rmt. Einzelnummer 300 000 Mark, Sonn- u. Feiertags 350 000 Mark.  
Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung od. Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. d. Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die 30 mm breite Kolonellzeile 200 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 1 000 000 Mark. Danzig 15 bz. 75 Pf. Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mark. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postfachkonten: Stettin 1847, Polen 202157

Nr. 59.

Bromberg, Dienstag den 11. März 1924.

48. Jahrg.

## Der Kalif im Exil.

Territet — Tunis — König Hussein als Zeitskalf — Indien.

Der durch die Nationalversammlung von Angora entthronte und verbannte Kalif Abdül Medschid ist am Freitagabend 9 1/2 Uhr in Territet am Genfer See eingetroffen und hat die Absicht, sich dauernd an diesem Teil des Genfer Sees niederzulassen. Es dürfte eine der vielen hier zur Verfügung stehenden Villen gemietet und für seinen dauernden Aufenthalt eingerichtet werden. Die Ankunft des Kalifen und seines aus zehn Personen bestehenden Gefolges vollzog sich in größtem Geheimnis. Auch die Kaufmannschaft der Schweiz war erst kurz vor der Ankunft des Kalifen verständigt worden und hatte einen direkten Überwachungsdienst eingerichtet. Sonst besand sich bei der Ankunft niemand auf dem kleinen Bahnhof von Territet als einige wenige Reisende. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kalifen mußten sich auch die wenigen Polizeibeamten, die am Grand-Hôtel von Territet stationiert waren, zurückziehen. Der Kalif erklärte, er fühle sich in der Schweiz vollkommen sicher und wüßte keinerlei politische Überwachung. Der Kalif wurde von seinen drei Frauen, seinem Sohn, seiner Tochter und einem Privatsekretär begleitet.

Der bekannte französische Schriftsteller Claude Farrère tritt in der „Liberté“ dafür ein, Frankreich möge dem abgesetzten Kalifen keine Gastfreundschaft anbieten. Farrère hält die Lösung für die beste, daß dem abgesetzten Kalifen ein Reichtum und ein Stück Land, beispielsweise auf einer der Tunis vorliegenden Inseln angeboten werden könnte. Dort hätte er absolute Souveränität und könnte seine Funktion als Oberhaupt der moslemischen Gläubigen weiterhin ausüben.

England hat diesen französischen Vorschlag, das Kalifat unter westeuropäischen Einfluß zu bekommen, bereits eigene Entschlüsse entgegensteckt. Aus Jerusalem wird von Reuters gemeldet, daß der unter englischem Einfluß stehende Abnias Hussein zum Kalifen von Transjordanien, Mesopotamien und Gedschas proklamiert wurde.

Der „Daily Telegraph“ berichtet aus Allahabad (Indien), unter den indischen Muselmanen sei infolge des Beschlusses der Regierung von Angora, das Kalifat abzuschaffen, und den Kalifen sowie die Mitglieder seiner Familie, anzukommen. Die Anhänger des Kalifats hätten beschlossen, eine Mission nach Angora zu entsenden, um diese Frage mit der nationalistischen Partei zu erörtern.

Was die Staatsraison anbetrifft, die sich hinter diesen überraschenden Vorgängen am Bosporus verbirgt, so weisen die „Daily News“ in erster Linie auf den Reichthum hin, der im geistlichen Besitz der Türkei steckt. Die Angora-Republik ist bettelarm, und niemand leidet ihr Geld. Da nimmt sie es eben — nach berühmten Mustern! — wo sie es findet. Die Kirchentrennung ist sicher nicht so gemeint, daß die Geistlichkeit ungeladene Gäste mit dem Landbesitz der Moscheen vom Staat abrüden darf. Es wird lebhaft diskutiert, und dazu kommt aber noch ein anderes Moment: die Angora-Regierung muß beständig ein schlechtes Gewissen vor der depossidierten Hauptstadt Konstantinopel haben; so lange aber dort der ebenfalls depossidierte Chef des Hauses Osman als Kalif weilt, lag die Vereinigung der Generaten der entthronten Sultansfamilie und der vernachlässigten Großstadtbewohner bedenklich nahe. Und ein Konstantinopler Stadtputsch wäre von Angora aus ziemlich schwer zu bekämpfen, schon weil der Bosporus dazwischen liegt; es müßte von den Anhängern der Flottenbesetzung gewonnen werden. Also lag es nahe, sämtliche Sprossen des Hauses Osman, um die sich eine Revolution ballen könnte, zu entfernen.

Mustapha Kemal selbst wollte nicht so weit gehen. Er wollte den Kalifen nur absetzen, nicht verbannen. Die Nationalversammlung aber ist über seinen Antrag hinausgegangen und hat durch ihr Verbannungsdekret dafür gesorgt, daß die Osmanen-Restoration erschwert wird. Aber wird sie nicht in einem gewissen Sinne auch erleichtert, wenn die ganze Sultansfamilie in der Fremde weilt und dadurch der Kontrolle und dem raschen Zugriff der türkischen Politik entzückt ist? Das ist nur eine der Zweckmäßigkeitsfragen, denen das rigore Dreifahren der Angora-Machtgeber ruft. Eine andere und wichtigere acht dahin, ob die Türkei sich nicht eines großen Prestige-Vorteils beraubt, indem sie auf das Kalifat, die geistliche Oberhoheit über den orthodoxen Islam, verzichtet.

Dieser Prestige-Vorteil soll gewiß nicht überschätzt werden. Man weiß seit dem Weltkrieg, daß sich die unter britischer und französischer Staatshoheit stehenden Moslemsdauer nicht verpflichtet fühlen, für den Kalifen in Konstantinopel eine „Lebende Masse“ zu veranstalten. Der vielberühmte „Heilige Krieg“ ist ein deutscher Traum gewesen, nicht mehr. Seitdem Sultan Selim im Jahre 1818 dem letzten ägyptischen Waisenden die Kalifenwürde weggenommen und sie auf das Haus Osman übertragen hat, ist die Türkei immer gerade so stark gewesen als ihre Armeen; das Kalifat hat nicht viel dazu getan. Aber ganz irrelevant war es doch nicht, daß zur Zeit der Friedensverhandlungen von Lausanne die indischen Mohammedaner die britische Vizekönigliche Regierung zugunsten der Türkei bearbeiteten, weil sie sich dem Kalifen, der auch ihr Kalif war, moralisch verpflichtet fühlten. Dem Angora-Staat fehlt nun nicht nur dieses Unponderable, sondern er ist mit dem Odium eines Sakrilegs behaftet. Darum ist nicht zu verwundern, daß die Regierung Mustapha Kemals ihre Untertanen dies Jahr vor der Wallfahrt nach Mekka glaubt warnen zu müssen. Sie könnten dort sehr wirksam zugunsten des Gedschas-Königs Hussein bearbeitet werden, der das vakante Kalifat gewiß gerne selbst übernehme. Und er ist britischer Vasall! Auch die russische Propaganda unter den Mohammedanern Afrikas dürfte zu ungunsten der Türkei erleichtert werden, nachdem diese auf das Kalifat verzichtet hat.

Die Annahme der Kalifatswürde durch den Kalif von Gedschas, Hussein, muß man als ein Machwerk der englischen Orientalpolitik ansprechen. Dem König Hussein und seinen Söhnen Kasfal, König von Irak und Abdullah, Emir von Transjordanien ist bereits 1915 durch Lord Curzon die Schaffung eines groß-arabischen Staatswesens hinderns zugesagt worden.

Es ist aber zu bedenken — daß die Moslems das Kalifat eines Landes nicht anerkennen, das nicht freier Herr in seinen Grenzen ist. Somit dürfte Hussein von den nicht-arabischen Mohammedanern abgelehnt werden. Jedenfalls steht die Krise, die durch das zunächst noch unverständliche Vorgehen der Angora-Fürken heraufbeschworen wurde, erst an ihrem Anfang und bringt in die unruhige Weltpolitik einen neuen Konfliktstoff, der zugleich drei Kontinente berührt.

## Der 10. März.

### Beginn der Völkerbundratsstagung.

Die Ratsmitglieder treffen in Genf ein.

Genf, 10. März. P.M. Die Mitglieder des Völkerbunds sind bereits in Genf eingetroffen und sollen heute an die Erledigung der Memeler Frage sowie an die Lösung der Frage der deutschen Ansiedler in Polen herantreten.

Der polnische Gesandte in London und Delegierte beim Völkerbund Skirmunt ist zugleich mit dem polnischen Gesandten in Bern Modzelewski in Genf angekommen. Für die Dauer der Anwesenheit Skirmunts hat sich die Frage der Vertretung Polens beim Völkerbund in dem Sinne geklärt, daß Skirmunt Polen nur während der gegenwärtigen Session des Völkerbundes vertreten wird. Für die nächste Session des Völkerbundes wird bereits ein ständiger polnischer Delegierter ernannt werden. Wie der „Przegląd Wszechpolny“ meldet, sollen bezüglich der Ernennung eines Delegierten für den Völkerbund noch immer Verhandlungen mit dem früheren Außenminister Roman Dmowski stattfinden.

### Memelfrage und Korfu-Problem.

Genf, 10. März. In der Memelfrage, die den Völkerbund auf der am heutigen Montag beginnenden Tagung beschäftigen wird, wurde bereits am Sonntagabend zwischen der Memelkommission des Völkerbundes, die ihren Bericht für den Rat fertigstellt, und der litauischen Delegation der Entwurf einer Regelung vereinbart. Dieser Entwurf, zu dem die litauische Regierung noch ihr Einverständnis geben will, wird dem Völkerbundrat zur Prüfung und Genehmigung unterbreitet werden. Der Inhalt der Regelung ist bisher noch nicht bekannt.

Der Vorsitzende der heute begonnenen Konferenz des Völkerbunds, Guani, der Delegierte Uruguay, erklärte Pressevertretern, daß außer den beiden erwähnten Fragen (die deutschen Ansiedler in Polen und Memel) am ersten Tage der Völkerbundrats-Session auch das Gutachten der Rechtsgelehrten über den italienisch-griechischen Konflikt, der sehr viele Staaten interessiert, diskutiert werden soll. Guani fügte hinzu, daß die Arbeit der Rechtsgelehrten den besten Eindruck hervorgerufen hat.

## Unterfertigung des Vertrages über die 100 Millionen-Lire-Anleihe.

Warschau, 8. März. In der „Banca Commerciale Italiana“ in Rom ist der Vertrag über die Anleihe Polens von 100 Millionen Lire unterfertigt worden. Die Anleihe ist durch die Tabakmonopol-einkünfte sichergestellt. Der Vertrag enthält die Bedingung, daß der polnische Staat verpflichtet ist, bei gleichen Bedingungen wie auf den anderen Tabakmärkten bezüglich Qualität und Preis dem die Anleihe gewährenden Konsortium beim Ankauf von Rohstoff den Vorzug zu gewähren.

## Das Arbeitslosen-Problem.

Nebe des Abgeordneten Emil Berze von der Deutschen Vereinigung in der Sejm-Sitzung vom 6. März 1924 zu der Vorlage des Arbeitslosenfürsorgegesetzes.

„Hohes Haus! Ich bin der Meinung, daß man vor der Beurteilung des dem Sejm von der Arbeitslosenkommission vorgelegten Gesetzes über die Versicherung im Falle der Arbeitslosigkeit vor allen Dingen die Gründe erwägen muß, die diese Krise und diese Verschärfung der Arbeitslosigkeit verursacht haben, deren Zeichen wir gegenwärtig sind. Die Krise, die wir gegenwärtig durchleben, hat ihre Ursache in der Nachkriegswirtschaft unserer einheimischen Industrie. Schon seit Beginn unserer neuen Staatlichkeit hatten wir eine Anzahl von Krisen in einer mehr oder weniger scharfen Form zu verzeichnen. Die heutige Krise ist durch eine verstärkte Konjunkturmacht verursacht worden, die mit den Bedürfnissen des Staates und der Allgemeinheit nicht gerechnet hat.“

Seit längerer Zeit schon sind die breiten Schichten unseres Volkes von der Arbeitslosigkeit betroffen. Selbst die Regierung gibt zu, daß ihre Statistik über 114 000 Arbeitslose aufweist. In dieser Zahl sind jedoch alle diejenigen nicht einbezogen, die nur an einigen Tagen in der Woche arbeiten und die in jedem Augenblick gänzlich arbeitslos werden können. Die Arbeiterparteien haben diese kritische Zeit in unserer Industrie vorausgesehen und verlangten ein Gesetz, das die Arbeiter und Angestellten vor der Arbeitslosigkeit schützt. Dieser Forderung wurde Genüge getan, aber was geschah? Das Gesetz, das von der Regierung Sikorski eingebracht wurde, erlebte eine vollständige Umwandlung. Wir wissen, daß der Gesetzentwurf, nachdem er schon zur Berichterstattung für das Plenum fertiggestellt worden war, von der Regierung des Herrn

## Die Polenmarkt am 10. März

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig: 1 Dollar = 9 400 000 p. M.  
1 Million p. M. = 0,62 Gulden  
Warschau: 1 Dollar = 9 350 000 p. M.  
1 Danz. Gulden = 1 600 000 p. M.

Valorisationsfrank: 1 800 000 p. M.  
Goldmark (P. R. P.): 2 191 000 p. M.

Witos zurückgezogen wurde. Der Finanzminister begründete dies damit, daß der Staatschatz die Lasten nicht ertragen könne, die das Gesetz ihm auferlegen würde. Der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes enthielt den Grundsatz, daß nur die Arbeiter Beiträge zahlen sollten. Nachher wurde dieser Grundsatz dahin abgeändert, daß die Beiträge von den Arbeitern, den Industriellen und dem Staate aufgebracht werden sollten. Das Gesetz, das uns heute vorliegt, kommt zu spät, denn heute haben wir schon eine ungeheure Arbeitslosigkeit und heute schon sind denjenigen Arbeitslosen helfen können, welche wir heute schon zu verzeichnen haben. Wenn wir außerdem noch berücksichtigen, daß das vorliegende Gesetz einen Monat nach seiner Veröffentlichung Gesetzkraft erlangt, die Durchführung des Gesetzes aber auf dem Gebiet der Republik Polen erst im Laufe eines Jahres nach seiner Veröffentlichung erfolgen soll, so ist es klar, daß mit der Beschließung dieses Gesetzes den Arbeitslosen heute nicht geholfen werden kann. Entscheidende Bedeutung für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter und Angestellten hat nur die diesem Gesetz beigefügte Resolution: „Der Sejm fordert die Regierung auf, eine sofortige Hilfsaktion für die Arbeitslosen bis zur Durchführung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung einzuleiten, sowie dem Sejm die Art der Deckung der daraus entstandenen Ausgaben vorzulegen.“ Deswegen spreche ich mich im Namen unserer Fraktion für diese Resolution aus. Wenn die Regierung mit einem Projekt zur vorläufigen Unterstützung der Arbeitslosen kommen wird, dann wird es uns möglich sein, vom Sejm zu fordern, daß diese Hilfsaktion in der Richtung der Grundsätze und Unterstützungsmaßnahmen des uns heute zur Annahme vorgelegten Gesetzes erfolgen soll.

Das vorliegende Gesetz hält nicht das, was der Titel verspricht; der Titel lautet: „Gesetz über die Versicherung im Falle der Arbeitslosigkeit“. Es bedeutet dies, daß alle, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, den Schutz dieses Gesetzes genießen sollen. Dieses Gesetz jedoch spricht nur von den Arbeitern und nicht einmal von den Arbeitern aller Industrie- und Wirtschaftszweige. In diesem Gesetz gibt es keine geistigen Arbeiter, diese sind gänzlich von dem Genuß des Gesetzes ausgeschlossen. Ich muß von dieser Stelle erklären, daß wir einen Unterschied zwischen den Arbeitnehmern nicht kennen. Heute leidet der arbeitslose geistige Arbeiter ebenso wie der arbeitslose Körperliche Arbeiter. Heute ist der geistige Arbeiter bereits derart verelendet, daß er nicht mehr die materiellen Reserven besitzt, die er vor dem Kriege hatte und die ihm ein Durchhalten der Arbeitslosigkeit ermöglichen würden. Daher fordern wir auch, daß der Sejm unseren Wunsch berücksichtigt, daß die geistigen Arbeiter gleichfalls dem Gesetz unterliegen sollen. Diese Forderung liegt in der Richtung der Beschlüsse der Angehörtenverbände.

Was die Zeitdauer der Unterstützungen betrifft, so ist es unrecht, daß der Arbeiter nur im Laufe von 13 Wochen die Unterstützung erhalten soll. Wir müssen diesen Zeitabschnitt mindestens auf 26 Wochen verlängern. Gerecht wäre es, wenn die Unterstützung solange gezahlt würde, bis der Arbeitslose neue Arbeit findet.

Das Gesetz bekriegt uns in der von der Kommission vorgelegten Fassung nicht. Daher werden wir für alle Verbesserungen der Minderheit stimmen, die in der Richtung der von mir dargelegten Grundsätze gehen und werden zu den einzelnen Artikeln noch unsere Verbesserungen beantragen.

## Beneš — der ehrliche Mäler.

Der bekannte englische Politiker und Führer der Labour-Partei, Morel, bringt in der neuen Nummer seiner Zeitschrift „Foreign Affairs“ eine Enthüllung, die ein eigenständiges Licht auf die Politik des Herrn Beneš wirft, der noch am 6. Februar seinem Parlament versichert, die Leute, welche die Tschechoslowakei einen Basfallen Frankreichs schimpften, hielten sich nur an die Fragen, in denen diese beiden Länder dieselben Interessen hätten, und übertrügen solche andere, wie die Korfu oder Rußland, wo die Tschechoslowakei eher den britischen Standpunkt einnahm“. Sie trägt die Form einer Kundgebung, welche Herr Poincaré an die französischen Vertreter in den angeführten europäischen Staaten richtete und die Morel im französischen Wortlaut wiedergibt, der übersetzt also lautet:

Kopie  
Europa. 25. Oktober 1923.

Der Präsident des Rates  
Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.  
An London, Rom, Prag, Bukarest, Belgrad, Warschau.

Rußland und die Tschechoslowakei.  
Im Laufe der Besuche, die Beneš während der letzten Tage dem Departement abkattete, entwickelte er seine Ansichten über die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Rußland. Die Politik der Prager Regierung gegenüber der Moskauer Regierung kann nach M. Beneš so zusammengefaßt werden: nichts zu tun, was der bolschewistischen Regierung nützen könnte, alles dagegen zu tun, was die Freundschaftsbände zwischen dem russischen, dem tschechischen und dem französischen Volk unterhält. M. Beneš hält dafür, daß die natürliche Sympathie, welche die Slawen der Tschechoslowakei mit den Slawen Rußlands verknüpft, sie in einer gemeinsamen Politik mit Frankreich ver-

binden sollte, das seinerseits durch sein politisches Interesse auf Rußland hingezogen werden sollte. Befestigt von dieser Idee, beämpfte er in Genua energisch Lloyd George, der die Anerkennung der Räte durchzusetzen suchte. Andererseits vermied er alles, was das russische Nationalgefühl beleidigen könnte; in gleicher Weise unterhält er in der Tschechoslowakei trotz des Argers, den das den Bolschewisten verursacht, eine Elite von mehr als 30 000 Russen, denen er rät, sich nicht politisch zu betätigen; es sind Professoren, Studenten und Angehörige des Mittelstandes, die bereit sind, wenn der Augenblick für ihre Rückkehr nach Rußland gekommen ist, dort ihre Rolle als Apostel für ein Einvernehmen mit der Tschechoslowakei und mit Frankreich zu spielen.

Dieses kurze Dokument dürfte in Moskau recht interessieren und nicht weniger in Warschau! Man hat den Eindruck, als hätte Paris über seinem Flirt an der Moldau das Land an der Weichsel völlig vergessen. Das russische Geschäft (und es gibt kaum ein größeres für einen an Osteuropa grenzenden Staat) würde anscheinend dem tschechischen Makler übertragen. Als ob nur im Böhmerwalde Apostel geboren werden!

## Sowjetrußland und die Tschechoslowakei.

Der bisherige russische Gesandte in Prag, Jurienjew, der zum ersten Sowjetgesandten in Rom ernannt worden ist, gab vor seiner Abreise dem Berichterstatter der „Post, Btg.“ einige Auskünfte über die Stellungnahme der Sowjetregierung.

Die Frage, ob die Tschechoslowakei eine Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Rußland übernommen habe, kann der Gesandte nicht direkt bejahen. Anscheinend existiert bei der Tschechoslowakei der Wunsch, ein Medium zwischen Frankreich und Rußland zu sein, aber für Rußland sei die Tschechoslowakei zu diesem Zwecke kaum geeignet, da diese Rolle nur ein Staat spielen könne, der mit Rußland selbst regelmäßige und normale Beziehungen aufrechterhalte.

Rußland hat die Tendenz, mit jedem Staate sozusagen Auge in Auge zu verhandeln. Eine sehr heikle Frage sei die Emigrantenfrage. Kerenki habe öffentlich erklärt, daß die sozialrevolutionäre antibolschewistische Tätigkeit in Prag ihr politisches Zentrum gefunden habe. Die Emigrantenfrage sei hier akuter als anderswo. Die verantwortlichen tschechoslowakischen Kreise seien zum Teil sehr eng mit der aktiven russischen Emigration verbunden. Diese Verbindung drücke sich hauptsächlich in der finanziellen Unterstützung der aktiven Emigration aus. Nach Informationen Jurienjews füßte sich die tschechoslowakische Regierung in der letzten Zeit veranlaßt, diese Zentren der Emigration zu liquidieren; es hatte auch den Anschein, als ob sie sich entschloß, die Subsidien für die Emigrantenorganisation einzustellen.

## Sowjetrußland und Jugoslawien.

Ein in Belgrad ausgegebenes amtliches Communiqué befragt: „Da die politische Mission der russischen Gesandtschaft in Belgrad aufgehört hat, wurde Dr. Strandmann, der bisherige russische Minister in Belgrad zur Wahrung der Interessen der russischen Emigranten im Bande in seiner Eigenschaft als Delegierter für die Emigranten dem Völkerbunde empfohlen.“ — Durch diese Tatsache erscheint die bisherige russisch-zaristische diplomatische Vertretung in Jugoslawien aufgehoben. Es ist dies — nach der „Prager Presse“ — die erste Vorbedingung zur Annäherung diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrußland. In der jetzt erfolgten Aufhebung der russisch-zaristischen diplomatischen Vertretung erblickt man in Belgrader politischen Kreisen die Bereitmöglichkeit, mit Sowjetrußland die Verhandlungen wegen einer Anerkennung in Bälde zu beginnen.

## Sowjetrußland und England.

### Ein Kredit von 150 Millionen Pfund.

Der Geschäftsträger der Sowjetregierung in England, Radowski, der sich derzeit in Moskau aufhält, hat dem dortigen Korrespondenten des „Daily Express“ mitgeteilt, Rußland werde sich auf der bevorstehenden englisch-russischen Konferenz bemühen, einen über drei Jahre verteilten Kredit von 150 Millionen Pfund zu erlangen. Die Vorbereitungen der Sowjetregierung zu der Konferenz seien nahezu beendet und die Sowjetdelegierten dürften bereits im Laufe der nächsten Woche Moskau verlassen. Radowski erklärte, daß Rußland absolut der Finanzkredite bedürfe. Wenn Rußland die beabsichtigten großen Bestellungen in England machen solle, dann müsse es produktive Geldkredite erhalten, die aber nicht für die rote Armee, sondern ausschließlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes Verwendung finden würden. Radowski fügte hinzu, daß ein einziges Textilsyndikat innerhalb der nächsten fünf Jahre um 40 bis 50 Millionen Pfund Maschinen brauchen werde und daß Rußland einen unermeßlichen Bedarf an Maschinen für Forstwirtschaft, Lastkraftwagen, Chemikalien, Metall für Flugzeugartikel habe. Alle diese Artikel würden in England bestellt werden, falls Rußland auf der bevorstehenden Konferenz mit seinem Programm durchdringe. Die gesamten Fragen der Schulden Rußlands könnten nur im Zusammenhang mit der Frage der Kreditgewährung gelöst werden. Rußland müsse erst Kredite erhalten, ehe es beginnen könne, Schulden abzugeben.

## Polen — Sowjetrußland.

Moskau, 8. März. (U. W.) „Ekonomscheskaja Schyna“, das amtliche Organ der Wirtschaftskreise Sowjetrußlands, veröffentlicht einen beachtenswerten Artikel über die polnisch-sowjetischen Wirtschaftsverhältnisse. In dem Artikel heißt es, Rußland habe sich seit drei Jahren vielfach um die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen mit Polen bemüht. Doch mache die Abhängigkeit Polens von Frankreich und der Egoismus der leitenden Schichten Polens den Abschluß eines Handelsvertrages unmöglich. Allerdings habe die Anerkennung Sowjetrußlands durch eine Reihe europäischer Mächte in Polen die Bestrebungen zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland gestärkt. Auch die betrogenen Hoffnungen auf Wiedergewinnung des baltischen und des Balkanmarktes hätten dazu beigetragen. Weiter wird in dem Artikel die Notwendigkeit einer Revision des Rigauer Vertrages begründet, da er den Anforderungen des Augenblicks kein Genüge leiste. Die polnische Regierung müsse die veränderte innerpolitische und internationale Lage Sowjetrußlands in Betracht ziehen und die gegenwärtigen, bereits veralteten rechtlichen Beziehungen umgestalten, die den realen Möglichkeiten nicht mehr entsprechen.

Warschau, 9. März. Der Direktor des Handelsdepartements im Ministerium für Industrie und Handel, Tennenbaum, begibt sich binnen kurzem nach Moskau zur Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Rußland.

## Ein Gesetzentwurf über die Rechtsanwaltschaft im ehemals preussischen Teilgebiet.

Die Rechtskommission des Sejm beschäftigte sich am Sonntag erneut mit dem Gesetzentwurf über die Advokatur im ehemals preussischen Teilgebiet. Im Zusammenhang damit wurde die Frage der Überleitung von Rechtsanwälten aus dem ehemaligen Kongregopolen und Galizien nach dem ehemals preussischen Teilgebiet berührt.

Der Referent Abg. Piechowski (Christliche Demokratie) stellte den Antrag, daß die Rechtsanwälte und Richter aus Kleinpolen bzw. Kongregopolen zur Advokatur im ehemals preussischen Teilgebiet erst zugelassen werden sollten, nachdem sie in diesem Gebiet eine zweijährige Gerichtspraxis durchgemacht haben. Abg. Dr. Sommerstein beantragte die Streichung dieser Einschränkungen. Der Vorschlag des Referenten gebe der Mikhael ein Teilgebiet zu den beiden anderen Ausdrücken, und hätte zum Ziele, die Überleitung von Rechtsanwälten unmöglich zu machen. Dieser Antrag wurde von den P. P. S. und vom katholischen Volksverband unterstützt, dagegen traten auf die Abgeordneten der Nationalen Volkspartei und der Christlichen Nationaldemokratie.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Dr. Sommerstein auf Streichung der Bestimmungen über die Beschränkung mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt, angenommen wurde dagegen der zweite Antrag desselben Abgeordneten mit 18 gegen 14 Stimmen, die Zeit der Praxis von zwei Jahren auf ein Jahr zu verkürzen.

## Das Schicksal des Mieterwohnungsgelezes.

Warschau, 8. März. Heute wurde die Beratung des Mieterwohnungsgelezes seitens der von der Rechtskommission des Senats eingesetzten Unterkommission beendet. Zu der Unterkommission gehören die Senatoren Glogier (Christl. Nat.), Nowodworcki (Chr. D.) und Posenier (P. P. S.). Die Unterkommission hat nur geringe und unwesentliche Änderungen beantragt; diese werden am 11. d. M. von der Rechtskommission des Senats geprüft werden, so daß der Senat das Geleze am 20. d. M. verabschieden kann. Im Falle der Annahme irgendwelcher Änderungen an der vom Sejm beschlossenen Fassung geht das Geleze an den Sejm zurück, und zwar in den ersten Tagen des April.

## Die Ausbeutung polnischer Arbeiter in Frankreich.

Während der Anwesenheit des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, in Warschau wandten sich, wie der „Dt-Express“ meldet, die polnische Kolonisationsgesellschaft und die Zentralkommission der Gewerkschaften an ihn mit der Bitte, bei der französischen Regierung zu intervenieren, damit den unerträglichen Zuständen ein Ende gemacht würde, unter denen die polnischen Arbeiter in Frankreich zu leiden hätten. Dabei führte die Abordnung vor allem Klage über die Missetat der polnischen Landarbeiter in Frankreich. Die französischen Arbeitgeber erfüllten die Kontrakte nicht und die französischen Behörden schenkten den Bestimmungen des mit der polnischen Regierung geschlossenen Emigrationsvertrages keine Beachtung. Die Unterbringung der polnischen Arbeiter in alten Scheunen, oft zusammen mit dem Vieh, die elende Beförderung, die durchweg schlechte Bezahlung und Weigerung der Arbeitgeber, für polnischen Unterricht der Arbeiterkinder zu sorgen, alles das gebe dem polnischen Arbeiter in Frankreich die Stellung eines verachteten Paria. Ein besonderes Merkmal des französischen Ministeriums des Innern vom Juni 1922 bestimmt, daß jeder polnische Arbeiter, der seinen Dienstvertrag in Frankreich kündigt, sofort ausgewiesen werden kann.

Thomas behielt sich alle Schritte in dieser Angelegenheit vor.

## Republik Polen.

### Überreichung des Beglaubigungsschreibens des polnischen Gesandten in Moskau.

Wie die Dtagentur aus Moskau meldet, händigte am Sonntag nachmittags der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der Republik Polen, Ludwig Darowski, im Kreml dem Präsidenten des Zentralvollzugsamtes der Russischen Sowjetrepublik, Kalinow, sein Beglaubigungsschreiben ein. Die Feier fand nach dem vorgeschriebenen Zeremoniell statt, unter Teilnahme der Mitglieder der Polnischen Gesandtschaft und in Anwesenheit der Vertreter des Zentralvollzugsamtes der Russischen Sowjetrepublik, sowie des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten mit Tischlerin an der Spitze.

### Eine neue Tagung der Wjzwolecie-Gruppe.

Wie die „Mieczpospolita sich aus Warschau melden läßt, findet dort am 25. d. M. eine Tagung der Wjzwolecie-Gruppe der nordöstlichen Gebiete statt, in der die weitere Taktik der Organisation und deren Verhältnis zu den Nationalen Minoritäten festgesetzt werden soll. Am selben Tage ist die Feier des Jahrestages der Unabhängigkeit Weißrußlands.

### Der jüdische Klub und die Regierung.

Der „Dziennik Poyanski“ läßt sich aus Warschau melden: Eine sehr charakteristische Kennzeichnung des Standpunktes der jüdischen Kreise gegenüber der Regierung Grabzki gibt der Abg. Silberstein in der jüdischen Presse. Nach ihm steht der jüdische Klub in rücksichtslosere Opposition zum Kabinett Grabzki, das zwei grundsätzliche Forderungen des Klubs nicht erfüllt habe, weil es seinerzeit die Minister Sokolowski und Miklaszewski aufgenommen hat. Der letztere hatte bei der Warschauer Handelsakademie den „Numerus clausus“ eingeführt. In der Oppositionsstellung des jüdischen Klubs kann eine Änderung eintreten. Sie ist abhängig von dem Verlauf der Sanierungsaktion und wird sich erst im April zeigen, wenn die Erneuerung der Marxmission eintreten kann. Wenn das Budget im März und April ohne Defizit bleibt, wird die Sanierungsaktion sich auf gutem Wege befinden und die Grabzki-Regierung wird bis zu den Neuwahlen im Amt bleiben. Dann wird der jüdische Klub die rücksichtslosere oppositionelle Politik fallen lassen und dazu übergehen, die Regierung tüchtig zu unterstützen, wie dies zurzeit der Sozialdemokratische Klub tut. Nach Ansicht der jüdischen Kreise wird der gegenwärtige Sejm noch ein Jahr zusammenbleiben, denn so viel Zeit ist erforderlich, um die Wahlfonds zusammenzubringen.

### Neue Distrikte.

Nach Informationen des „Gonic Kalkicki“ werden nach Abschluß des Konferats in Polen drei neue Distrikte gebildet werden: in Kallisch, Czestochowa und in Oberschlesien, letzteres mit dem Sitz in Pleß.

### Der Krakauer Kommandant unter Auflage.

Unter dem Vorsitz des Generalstabschefs General Stanislaw Haller fand ein Ehrengericht gegen General Cziziel, den Kommandanten von Krakau, statt. Gegenstand der Verhandlung war die Verantwortung, die

General Cziziel für die blutigen Novemberereignisse trägt. In militärischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß General Cziziel als Ergebnis dieser Verhandlung um seine Entlassung nachsuchen wird.

### Um die Zahl der Feiertage.

Amlich wird der Angabe widersprochen, daß die Vertreter des Arbeitsministeriums 18 1/2 Feiertage im Jahre gemollt hätten. Der im Arbeitsministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf verringert die Zahl der Feiertage erheblich mehr.

### Ein Dementi.

Zu der von einigen Blättern veröffentlichten Meldung, wonach mit Einwilligung des Arbeitsministers die Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängert werden kann, wird von einem deutschen Senator mitgeteilt, Ministerpräsident Grabzki habe ihm persönlich erklärt, daß diese Meldung ganz und gar irrig sei. Die Regierung denke nicht daran, eine Genehmigung zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit zu geben.

Der Gesandte Chlapowski begibt sich, wie aus Warschau gemeldet wird, auf 14 Tage nach dem Posenschen, um hier persönliche Angelegenheiten zu erledigen, und erst nachher beabsichtigt er, sich auf seinen Posten nach Paris zu begeben. Nach Eingang seiner amtlichen Ernennung legt Chl. sein Sejmmandat nieder.

Abg. Thugutt hat sich vor seiner Abreise ins Ausland wegen der Sejminterpellation bei dem Procurator gemeldet und dort den Originaltext seiner Rede niedergelegt, die er bei dem Bankett zu Ehren Alex. Sednicks gehalten hat.

Roman Knoll, der ehemalige Leiter der polnischen Gesandtschaft in Moskau, wurde zum polnischen Gesandten bei der türkischen Regierung ernannt.

Das lettische Eisenbahnministerium hat in Polnisch-Oberschlesien 2000 Tonnen Kohlen für die lettischen Eisenbahnen bestellt. Die Transporte werden in den allernächsten Tagen über Turmont geleitet werden.

## Deutsches Reich.

### Französische Verbächtigung.

Wien, 10. März. P.M. Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus London, daß der französische Gesandte in London den Auftrag erhalten habe, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die deutsche Organisation des Selbstschutzes und auf die Richtungen Deutschlands besonders im Osten zu lenken. Dasselbe Blatt meldet weiter, daß der französische Gesandte an die englische Regierung herantreten soll, daß England bei diesem Stande der Dinge sich verpflichten müßte, gegen einen eventuellen Angriff von Seiten Deutschlands aufzutreten.

### Die beiden Frösche.

Der Deutsche Verein in Kristiania feierte unter überaus zahlreicher Beteiligung der deutschen Kolonie und norwegischer Kreise das Jubiläum seines 40jährigen Bestehens. Bei diesem Anlaß hielt Björn Björnson eine Rede auf Deutschland und die Lebenskraft des deutschen Volkes. Er sprach von Deutschlands Zukunft und erzählte eine kleine Geschichte: Zwei Frösche, der eine ein Optimist, der andere ein Pessimist, fielen eines Nachts in einen Milchnapf, und so sehr sie sich auch anstrebten, kamen sie nicht heraus. Schließlich gab der Pessimist seine Bemühungen auf und ging unter. Aber der Optimist frampelte weiter, und als der Morgen graute, merkte er, daß er festen Grund unter den Füßen hatte. Er stand auf — Butter. Björnsons Gleichnis erregte stürmischen Beifall.

## Aus anderen Ländern.

### Die Konferenz der skandinavischen Länder.

Die in diesen Tagen abgehaltene Konferenz der skandinavischen Länder war von Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen besetzt. Dieselbe zog die Frage eines Vertrages betreffend die Arbitrage in internationalen Streitigkeiten in Beratung und lieferte ein erfolgreiches Ergebnis. Es wurde ein Abkommen vereinbart, in welchem sämtliche vier Nordländer sich verpflichten, jede zwischen ihnen entstehende strittige Frage einem Schiedsgerichte vorzulegen. Dieses aus der Konferenz sich ergebende Abkommen wird nunmehr den betreffenden Regierungen vorgelegt werden.

### Die griechische Verfassungskrise.

Athen, 10. März. P.M. Rapanastasi bildet die neue republikanische Regierung, worauf unverzüglich die Proklamierung der griechischen Republik erfolgen soll.

### Spanische Niederlage in Marokko.

Nach Meldungen aus Tanger erlitten die Spanier eine schwere Niederlage. Die Marokkaner machten 600 Gefangene und erbeuteten mehrere spanische Flugzeuge. Alle zur Verfügung stehenden spanischen Truppen werden nach Melilla gesandt. Die Nachricht, daß Melilla in Brand steht, bestätigt sich.

### Die Kroaten fahren nach Belgrad.

Nach den letzten Nachrichten aus Jugoslawien beabsichtigen die Kroaten, ihre bisherige Sabotage der Belgrader Skupstchina (Parlament) aufzugeben und durch eine aktive Opposition die radikale Regierung des griechen Ministerpräsidenten Paskitsch zu kürzen.

Die kroatische Bauernpartei, deren Führer Raditsch sich bekanntlich außerhalb des Landes in Wien aufhält, hielt in Laram eine entscheidende Vollversammlung ab, in der ein Brief von Stefan Raditsch verlesen wurde, in dem er seinen Abgeordneten die Fahrt nach Belgrad befohlen wird, damit man gemeinsam mit der anderen Opposition die Regierung kürzen könne. Danach erhaltete der kroatische Abgeordnete Dr. Macec einen langen Bericht, in dem er sehr scharf über die radikale Regierung herfiel, worauf er über den Fiumevertrag sprach und erklärte, Paskitsch und Mitschitsch hätten Stimme an Italien verkauft, um den Kroaten zu schaden.

### Die Türkei kauft Kriegsmaterial.

In London verlautet, daß eine türkische Militärkommission in Westeuropa große Ankäufe von Tanks, Flugzeugen, Panzern und Automobilen vornimmt. Das Luftfahr- und Transportmaterial wird zum Teil in Italien gekauft und in ausgehehnter Maße werden deutsche Sachverständige zugezogen.

### Persien — Republik?

Die Agitation gegen den Schah von Persien nimmt zu. Die Ausrufung der Republik steht unmittelbar bevor. Es wird dem Schah hauptsächlich vorgeworfen, daß er, anstatt sich um sein Land zu kümmern, sich an der Riviera und in Paris amüsierte. Die Zeitungen bringen Photographien, die den jungen Schah als Teilnehmer an einer Blumenschlacht in Nizza zeigen.

### Das Radio im Vatikan.

Wie dem Schwäbischen Merkur aus Rom gemeldet wird, hat der Papst seine Zustimmung zur Errichtung einer Radio-Sendestation im Vatikan gegeben. Er soll die Absicht haben, demnach auf drahtlosem Weg Messen zu lesen und den katholischen Gläubigen den Segen zu erteilen.

Bromberg, Dienstag den 11. März 1924.

Pommerellen.

Beschlüsse der Stadtvertreter von Pommerellen.

Am 3. d. M. fand, wie schon kurz berichtet, in Graudenz eine Versammlung von Stadtvertretern aus Pommerellen statt, um sich über eine Reihe von Gesetzesentwürfen, die für die Städte von Bedeutung sind, auszusprechen.

Die Versammlung der Stadtvertreter von Pommerellen vom 3. März 1924, die hauptsächlich zur Besprechung des im Sejm eingebrachten Gesetzesentwurfs über die Stadtgemeinden zusammengetreten ist, hat, indem sie sich der ungeheuren Wichtigkeit dieser Angelegenheit für die künftige Entwicklung der polnischen Städte und speziell der Städte des ehemals preussischen Anteils bewusst ist, einstimmig folgende Forderungen aufgestellt, und bittet die Vertreter unseres Teilgebiets im Sejm, dieselben zu unterstützen.

1. Ausweisung sämtlicher pommerellischer Städte aus der Aufsicht der Bezirksausschüsse und ihre Unterstellung unter die Aufsicht der Wojewodschaftsausschüsse, da unsere Städte bisher der Aufsicht der Verwaltungsbehörden zweiter Instanz unterstanden.

2. Das Ausschneiden aus dem Kreise hinsichtlich der Verwaltung bei denjenigen Städten, die einen selbstständigen kulturellen und industriellen resp. Handelsmittelpunkt bilden.

3. Genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten der Magistrate und der Stadtverordnetenversammlungen, so zwar, daß die Magistrate tatsächlich die Vorstände der Städte werden und die ganze Vollmacht der Exekutivbehörden sowie das Recht der Bestätigung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen erhalten. In den Revisionskommissionen müssen Mitglieder der Magistrate vertreten sein.

4. Einführung der polnischen Sprache als Amtssprache bei den Magistraten und den Stadtverordnetenversammlungen, sowohl hinsichtlich der Verwaltung wie auch bei der Aufstellung von Protokollen.

5. Sicherung der staatlichen Interessen durch Bestätigung der beruflichen Mitglieder des Magistrats, die besondere Aufgaben zu erfüllen haben namentlich die der Polizei.

6. Die Übergabe der örtlichen Polizei, sowohl wie der Verwaltungswesen wie der Sicherheitspolizei an die Vorsitzenden der Magistrate (in den nicht selbstständigen Kreisen unter Aufsicht der Starosten) und Nichtzulassung, daß die laufenden polizeilichen Angelegenheiten durch die kollegialen Magistrate erledigt werden. Nur die örtlichen polizeilichen Verfügungen, die in der ganzen Stadt Gültigkeit haben, sollen des Einverständnisses des Magistrats bedürfen.

7. Es dem Ermessen der Städte zu überlassen, ob sie als Vertreter der Bürgermeister bezahlte Berufsbeamte haben wollen.

8. Wahl der beamteten Mitglieder der Magistrate zum mindesten auf 10 Jahre.

9. Verleihung der Disziplinarergewalt an die Magistrate bezüglich der ihnen unterstellten Beamten und Angestellten.

10. Festsetzung der Kompetenzen der Aufsichtsbehörden für die notwendigen Sachen, namentlich Streichung der Vorschrift betr. Bestätigung der Stadt der nicht kreisfreien Städte.

11. Verleihung des Rechts, Magistrate ihres Amtes zu entheben, an den Disziplinargerichtshof der Wojewodschaften nach Durchführung der Untersuchung.

12. Wir verlangen, und dies ist eine unserer wichtigsten Forderungen, daß in dem Gesetz, das darin enthaltene

Grundsatz aufrecht erhalten werde, daß die Magistrate sich aus Beamten (Beamten) und aus nicht berufsmäßigen (ehren-)Mitgliedern zusammensetzen. Wir betrachten diese Vorschrift als entscheidend für eine günstige Zukunft unserer Städte.

10. März.

Graudenz (Grudziadz).

d. Eine Sitzung der evangelischen Gemeindefürsorge fand kürzlich statt. Es konnte mitgeteilt werden, daß der größte Teil der veranlagten Kirchensteuern eingezahlt worden ist. Der durch Zahlungsverweigerung entstandene Ausfall ist durch reiche freiwillige Beiträge gedeckt worden. Zum Einziehen der Kirchensteuern ist neuerdings ein Gemeindefürsorgekomitee gewonnen worden, das gegen eine Vergütung von 5 Prozent von der Steuer und 10 Prozent von den freiwilligen Beiträgen das Einsammeln übernimmt. Es sollen nach dem Beschluß der Gemeindefürsorge zwei Geistliche beibehalten werden. Die angeforderte zweite Versammlung der Gemeindefürsorge, in welcher über verschiedene Fragen der Kirchengemeinde verhandelt werden sollte, wird nicht stattfinden. Aus Kreisen der Gemeindefürsorge wurde durch derartige Versammlungen und Besprechungen das Interesse für die evangelische Kirchengemeinde rege erhalten.

\* Schrebergärten. Zur Anlage von Schrebergärten hat der Verein für naturgemäße Lebensweise ein Stück künftiges Gelände gepachtet. Die Nachfrage nach solchen Parzellen ist unter den Mitgliedern so lebhaft, daß der Verein an den Magistrat mit der Bitte herangetreten ist, ihm weiteres Gelände pachtweise zu überlassen.

A. Der neueste Schneefall verursacht in der Stadt wieder viel Arbeit und Unkosten. Auf manchen Straßen, die stark mit Wagen befahren werden, verandert sich der Schnee bald in einen schmutzigen Schlamm. Nur auf wenigen Straßen, die schwach befahren werden, kommt der Schlamm noch vorwärts. Da die Dachrinnen und Ableitungen meist beschädigt sind, läuft das Schmelzwasser an den Hauswänden herab, ja, es kommt recht häufig vor, daß es in die Keller dringt und diese überflutet. Versucht werden aber derartige Vorkommnisse nur durch die Benutzlichkeit der Hausbesitzer oder Verwalter zu begründen, welche Eis- und Schneemassen nicht wegräumen, so daß das Wasser in Hausentfahrungen und Keller dringt.

e. Wildschweine kommen in der staatlichen Forst Jamm wieder häufiger vor. Nächst dem Schwarzwild, ebenso wie der Hirsch, aus den großen Forsten jenseits der Grenze herüber. Ein und wieder wird Schwarzwild erlegt. In diesen Tagen konnte man in einem hiesigen Geschäft einen fröhlichen Koller hängen sehen, der in den pommerellischen Forsten erlegt war.

Thorn (Torun).

w. Neuer Vorsitzender des Bezirksgerichts. Der bisherige Richter beim hiesigen Appellationsgericht, Dr. Stanislaw Ruchaczewski, wurde gemäß einer im Monitor Polski veröffentlichten Verfügung zum Vorsitzenden des Thorer Bezirksgerichts ernannt.

w. Der Hauptviehmarkt in Thorn am ersten Donnerstag im Monat März wies einen Antrieb von 316 Pferden, 12 Ketttschweinen, 80 Läuferfischweinen und 182 Ferkeln, sowie etwa 15 Rienen auf. Trotz des alten Auftriebs war der Marktbetrieb lebhaft und der Umsatz klein. Die Preise waren folgende: Ältere Pferde 100-200 Millionen, Arbeitspferde 500-800 Mill., gute Pferde 1-1 1/2 Milliarden, bessere Pferde und Ruchmaterial 1,8-2 Milliarden, einjährige Ferkeln 150-200 Millionen, zweijährige Ferkeln 400-600 Millionen, Ketttschweine brachten für 50 Kilogramm Lebendgewicht 85-90 Millionen, Läuferfischweine bis 35 Kilo Lebendgewicht 50-60 Millionen und über 35 Kilo Lebendgewicht 60-70 Millionen. Ferkeln wurden paarweise mit 25-35 Millionen verkauft. Ziegen endlich kosteten durchschnittlich 30 bis 40 Millionen.

\* Glück im Unglück. Zu unserer neulich unter dieser Spitzmarke gebrachten Notiz von dem Einbruchslad auf der Weichsel in der Nähe von Star-Tornu (Alt-Thorn) erfahren wir heute noch folgende Einzelheiten: Der Wagen des Besitzers K. befand sich bereits ein Stück vom jenseitigen Ufer ab auf dem Eise, als er plötzlich mit den Rädern der einen Seite die geschwächte Eisbede durchbrach, umkippte und dabei das Eis völlig durchschlug. Frau K. wurde in weitem Bogen auf das Eis geschleudert, während ihr Gatte mit Pferd und Wagen im Strome unterging. Unter größten Anstrengungen gelang es dann, den Verunglückten, der einen schweren Fahrpelz anhatte und sich außerdem noch eine Fußbede umgewickelt hatte, aus dem nassen Element zu retten. In die Rettung des Pferdes konnte nicht mehr gedacht werden. Herbeigeholte Nachbarn vermochten nach mehrstündiger anstrengender Arbeit den Wagen mittels Stangen, Ketten und Tauern aus der Weichsel herauszuholen. Der Strom hatte an der Unglücksstelle eine Tiefe von 4 bis 5 Metern. Es mutet wie ein Wunder an, daß der Verunglückte vom Strome nicht unter die Eisbede gedrückt wurde, da er sich in seiner schweren Bekleidung anfangs gar nicht bewegen konnte.

k Aus dem Kreise Briesen, 7. März. Während eines Tanzvergnügens in K. Brudza w drangen plötzlich fünf junge Leute ein und versuchten den weiteren Verlauf des Festes zu stören. Sie begannen eine Schlägerei und stachen auch mit Messern auf einige Festteilnehmer ein. Einige Personen wurden durch Messerstiche verletzt. Selbst der Gastwirt, der Ordnung schaffen wollte, wurde nicht verschont, aber endlich gelang es, die Messerbesitzer aus dem Saale zu drängen. Es sind dies dieselben Personen, die bereits vor einiger Zeit ein deutsches Vergnügen in Klesingwalde zu stören versucht hatten. Auch hier hatten sie mit Messern und Stuhlbeinen „gearbeitet“. Ganz besonders haben sie es jedesmal gegen diejenigen Polen abgesehen, die an den deutschen Vergnügen teilnehmen. Die Verletzten haben gegen die Täter Strafantrag gestellt.

\* Diebstahl (Tazew), 8. März. Den Verlust einer großen Schaufensterreihe zu beklagen hat der Kaufmann S. Hirschfeld hier in der Poststraße. Als er heute früh die Jalousie vor dem fast die ganze Breite des Geschäftsraumes einnehmenden Schaufenster herauszog, fiel diese plötzlich heraus und ging in tausend Stücke. Es ist aber festgestellt worden, daß die Scheibe in vergangener Nacht eingedrückt worden ist. Man hat nämlich beobachtet, daß mehrere, dem besseren Stande angehörende Leute sich nachts vor dem Geschäftslokal des Herrn Hirschfeld in besterem Zustande herumstritten und dabei wurde einer von ihnen mit starker Wucht gegen das Fenster gestoßen, wobei die Scheibe gespalten wurde. Den betreffenden Personen ist man bereits auf der Spur. Der Schaden ist auf 8 Millionen Mark zu beziffern.

\* Raub (Chojnice), 8. März. Das Opfer des Eifersuchtsattentats, Juzia Lepal, liegt zwar schwer verletzt in heftigem Fieber, doch ist der Zustand nicht hoffnungslos. Über die näheren Umstände erzählt das „G. Pom.“, daß die Waffe des Soldaten ein Dolch war, den er unter dem Uniformrock verborgen gehalten hatte. Er stammt aus Kongreppolen und hatte unter einem falschen Namen mit dem Mädchen Verkehr angeknüpft. Gefeßt wurde er dem Gerichtsgefängnis in Graudenz angeführt.

\* Schneek (Starkzew), 8. März. Der letzte Holztermin brachte erheblich billigere Preise und Holz in genügender Menge, so daß wohl die erlösten Kaufsüchtigen zum großen Teil befriedigt nach Hause gehen konnten. Für den Raummeter Brennholz (Buchen) wurden ca. 20 Millionen Mark geboten und gezahlt. Auch Kuchholz war günstig zu erstehen. Die Preise lagen für den Festmeter Kiefernholz um 25 Millionen Mark.

Leset das Blatt der Deutschen in Polen: die „Deutsche Rundschau“.

Holz-Verkauf aus der herrschaftl. Forst Chpniowo (Pomm.) Am Sonnabend, den 15. d. M., vormittags von 9 1/2 Uhr ab, kommen im Lokal Wolff-Raschl... hierelbst, zum Ausgabot aus den Schutzbezirken Dorotowo und Lubca: ca. 180 Stück Birken-Langanukholz = 90 fm, 500 Stk. Kiefern- u. Fichten-Bauholz = 190 fm, 138 Stk. Kiefer- u. Fichten-Rustangen, ca. 120 Stk. Eichen-Stangenreißer, ca. 30 fm Eichen-Kloben, ca. 8 fm Eichen-Rollen und ca. 10 Stk. Eichen-Langanholz = 4 fm. Barzahlung im Termin Bedingung. Chpniowo (Pomm.), den 5. März 1924. Der Forstverwalter.

Gaas- und Fabrik-Kartoffeln zur sofortigen Lieferung lauft zu höchsten Tagespreisen Otto Belau, Sepolno Fernruf 3.

Reinsaat für eigene Delmühlen lauft zu höchsten Preisen. Landwirtschaftl. Großhandels-Gesellschaft G. m. b. H. 2570 Tel. 158. Brodnica. Tel. 158.

200 Ztr. Seradella, 150 Ztr. Erbsen, Widen, Roggen, Peluschten lauft gegen Kasse Schneider, Sieradowice (Pomorz) 2577 Telefon 12

Die Thorer Vereinsbank in Torun Sp. z o. odp. eröffnet nach dem Kurse des Goldfranken, bei täglicher Kündigung Zloty-Konten in laufender Rechnung zu den höchsten Tageszinsen. Wertbeständige Zloty-Spareinlagen werden, ohne Abzüge, je nach Kündigungsfrist bis zu 15% jährlich verzinst. Erteilung von Krediten in Polenmark u. in Zloty. Annahme von Zeichnungen auf die Aktien der Bank Polski. Verkauf von Steuerbons und Obligationen der 10% Eisenbahn-Anleihe.

Großer Posten Halbfabrikate u. z. Stühle, Liegestühle, Chaiselongue-Gestelle, Gartenmöbel, Rokokoleisten, Dekorationsleisten u. Bilderrahmenleisten, sämtl. Furniere: Eichen-, Eschen-, Birken-, Rüstern-, Ahorn- u. Pappel-Furniere empfiehlt St. Sisiecki, Torun, Sw. Duchy 15. Generalvertreter der Firma Sew. Pendowski in Posen.

Deutsches Heim. Donnerstag, den 13. März 1924: Großes Schlachtfest Abends ab 7 Uhr: Wurst-Essen mit anschließendem Singsingen-Konzert. Eintritt frei! NB. Hochachtungsvoll G. Behrend, Vorsitzender Mittagstisch, stets reichhaltige Abendkarte.

Graudenz. Landw. Maschinen jeder Art Pflüge :: Kultivatoren :: Eggen Drillmaschinen Grasmäher Getreidemäher Zentrifugen auch gebraucht Schrotmühlen Sazonia, 18 Ztr. stündliche Leistung, offeriert zu soliden Preisen. Reparaturen an sämtlichen Maschinen prompt und sachgemäß. 2430 Großes Ersatzteillager. L. Sehme, Grudziadz, Swiatowa (Blumenstr.) 4.

Bereinsnachrichten, Geschäftsrellame und geschäftliche Mitteilungen besonderer Art für Graudenz u. Umgebung gehören in die Deutsche Rundschau unter die neu eingerichtete Rubrik: Vereine, Veranstaltungen u. Anzeigen-Armahme und Hauptvertriebsstelle Arnold Kriedte, Buchhandlung, Mickiewiczka (Pohlmannstr.) 3. Alle Ausgabestellen nehmen Inseratenaufträge entgegen. Deutsche Bühne, Grudziadz G. B. im Gemeindehause abends 7 1/2 Uhr Mittwoch, 12. März 24 Zum ersten Male „Heimat“ Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann Sonntag, d. 16. März Zum letzten Male „Jugendfreunde“. Mittwoch, d. 19. März Zum ersten Male „Bettinas Verlobung“. Auffspiel in 3 Akten von Leo Lens. Sierbis reiser. Karten bis 13. März. Kartenverkauf ul. Mickiewiczka (Pohlmannstr.) 15.

## Die Sejminterpellationen des Jahres 1923.

Der Ministerpräsident richtete ein Schreiben an den Sejmmarschall, welches folgenden Wortlaut hat: Ich erlaube mir zur Kenntnis des Herrn Marschalls eine Reihe von Daten und Tatsachen zu bringen betreffend die im Jahre 1923 eingereichten Interpellationen. In diesem Zeitraum liefen im ganzen 1120 Interpellationen ein, von diesen 311 in öffentlichen, 209 in Privatangelegenheiten. Von dieser Gesamtzahl entfallen auf die Regierungszeit des Kabinetts des Generalstabes Sikorski 646 Interpellationen (548 in öffentlichen und 98 in privaten Angelegenheiten). Auf die Regierungszeit des Kabinetts des Ministerpräsidenten Witos 453 Interpellationen (344 in öffentlichen und 109 in privaten Angelegenheiten), und auf die gegenwärtige Regierung 21 Interpellationen (19 öffentliche und 2 in privaten Angelegenheiten).

Bis zum heutigen Tage erteilte die Regierung auf 914 Interpellationen Antwort. Von diesen waren 190 begründet, 144 teilweise begründet und 590 unbegründet. Da aus der Gesamtzahl der 1120 eingereichten Interpellationen in 21 Fällen die durch das Reglement vorgeschriebene sechsmonatliche Frist noch nicht abgelaufen ist, so kann man nur sagen, daß die Regierung in 185 Fällen mit der Antwort im Rückstande ist. Alle noch nicht erledigten Interpellationen betreffen sehr komplizierte Fragen und fordern längere Erhebungen an Ort und Stelle, wozu ich in jedem Falle den Herrn Marschall durch ein besonderes Schreiben benachrichtigte. Fast alle unerledigten Interpellationen gehören in den Tätigkeitsbereich mehrerer Minister zugleich, die nach Anstellung der besonderen Erhebungen noch den gemeinsamen Text der Antwort mit einander vereinbaren müssen.

Nach Verteilung der Interpellationen auf die Sejmparteien nach der Zugehörigkeit der Hauptinterpellanten, erhalten wir folgende Ziffern:

1. P. S. L. (Recht) reichte 224 Interpellationen ein,
2. P. S. L. (Wzawol) 141,
3. P. S. L. 123,
4. jüdische Gruppen 110,
5. Witke 97,
6. Ukrainischer Klub 86,
7. Nat. Volksp. 67,
8. Kommunisten 53,
9. Deutsche Vereinigung 50,
10. Dabst-Gruppe 33,
11. Wehrklub 30,
12. N. S. R. 29,
13. Christl. Dem. 26,
14. Ukrain. Bauern 24,
15. Christl. Nationale (Dubanowicz) 23,
16. Dvoh-Gruppe 4.

Insgesamt 1120 Interpellationen. Die größte Zahl von Interpellationen reichten folgende Abgeordnete ein: Arampa 47, Pynluck 42, Korbowicki 33, Lancucki 30, Giesl. Ilkow 22, Dr. Proszynski 21, Krolowski 20.

Der Präsident des Ministerrates.  
(-) Wa. Grabski.

## Tragödie eines Kindes.

Die Bezirkshauptmannschaft Umgebung Graz hat eine erschütternde Geschichte aufgedeckt, ein kaum fassbares Verbrechen, das Eltern einem Kinde angetan haben. In Verdorf bei Hitzendorf ging schon seit vielen Jahren ein Gerücht um, daß im Hause des Tischlers Stadler ein Kind heranzuwachsen, das niemand kannte und von Angesicht zu Angesicht erblickt hatte, das nie den Himmel, nie die Menschen sah, das von der Außenwelt abgeschlossen wurde. Die Nachbarn wußten, daß dieses Kind existiere, daß es in der Dunkelheit ein verschollenes Leben fristete — aber sein Dasein reichte nicht in die Wirklichkeit des alltäglichen Lebens. Das Kind war bei den Behörden nicht gemeldet, es kam nicht in die Schule, es trat nicht über die Schwelle des väterlichen Hauses, es gab kein Zeichen von sich — es war nur da, ohne irgendwie mit der Welt und den äußeren Dingen verknüpft zu sein. Langsam aber war die ganze Gegend von den mysteriösen Erzählungen erfüllt und die Schulbehörden und andere amtliche Stellen begannen sich um die Vorgänge im Hause des Stadler zu bekümmern. Anfragen, Mahnungen, Drohungen blieben erfolglos — kein Echo scholl aus dem Hause zurück, alles blieb unverändert, dunkel, beklemmend.

Nun versuchte die Gendarmerie, in den seltsamen Kerker einzudringen und das Kind zu befreien. Aber die Mutter ging mit der Missetat auf den Gendarmen los, eine wahnsinnige Hysterie des Herdes und der unantastbaren Familie, eine grotesk unheimliche Wächterin an der Schwelle der Elternmacht und des Elternrechtes. Das Kind gehörte ihr und niemand hatte sich um sein Schicksal zu kümmern. Mit Rücksicht auf die Geistesverfassung der Frau wendeten die Gendarmen keine schärferen Mittel an und entfernten sich unrichteter Dinge.

Schließlich wurde die Anzeige an das Bezirksgericht Umgebung Graz und an die Bezirkshauptmannschaft erstattet. Der mit der Erledigung dieser Angelegenheit betraute Beamte wendete sich an die Grazer Polizeidirektion und ersuchte um die Assistenten von Kriminalbeamten, die ihm angewiesen wurde. Am 21. Februar begaben sich Dr. Uel und die Kriminalbeamten im Auto nach Verdorf. Die Beamten ließen den Kraftwagen unweit des Hauses stehen und schlichen sich an das Gebäude heran. Ein Kriminalbeamter klopfte an die Tür. Der Besitzer in der Meinung, es sei ein erwarteter Bekannter von ihm, öffnete, und die Kriminalbeamten drangen in das Haus ein. Aus der armenhaft schmucklosen, stickigen und verwilderten Wohnung stürzte ihnen die Mutter entgegen und schrie: „Im Namen des Gesetzes, laßt mir das Kind!“ Schrie immer wieder dieselben Worte, als berge sich in ihnen eine dämonische Macht, gegen die es keinen Widerstand gibt. Während ein Kriminalbeamter sich mit der tollen Frau beschäftigte und ein anderer den vollkommen verführten Vater über den Zweck der Kommission aufklärte, trug Dr. Uel das Mädchen, das sich mit Händen und Füßen wehrte, zum Automobil. Als es dort in Dedem und Pelze eingeschlagen worden war, wurde es ganz ruhig und sah mit maklosem Erstaunen in eine Welt, die es noch nie erblickt hatte. Im Hause schrie die Mutter: „Im Namen des Gesetzes, laßt mir das Kind!“

Der Vater aber nahm einen Strid und wollte sich erhängen. Man mußte ihm den Strid entreißen, um einen Selbstmord zu verhüten. Schließlich fuhr das Automobil davon, verfolgt von den irren Rufen der Bäuerin, die lange Zeit barfuß dem Wagen nachlief.

Das 14jährige Mädchen, das sich nie vom Hause entfernt hatte, nichts und niemand kannte, kam aus dem Stauraum nicht heraus. Alles, was es sah, war ihm neu, selbst Enten waren ihm fremd. Von einer Eisenbahn hatte es nie gehört, die Kirche, ja selbst ein Haus, das größer als sein Elternhaus ist, erfüllte es mit Staunen. Das Mädchen, das körperlich völlig verwaist ist, weiß nur seinen Namen „Niesl“. Von einem zweiten Namen hat es keine Ahnung. Man brachte das Kind zunächst nach Graz in das Krankenhaus der Katholischen Frauenorganisation. Das Elternpaar Stadler hat noch eine zweite, sechs Jahre alte Tochter, die man wohl vor einem ähnlichen Schicksal bewahren muß.

## Kleine Rundschau.

\* Die zehn Bitten der Japanerin. In der Zeitung „New York Globe“ zählt eine Japanerin auf, was sie sich von ihrem Mann wünscht, um das Familienleben zu heben und ihm ein nettes Heim zu schaffen: 1. Steh, bitte, um die gleiche Zeit auf wie ich. 2. Schimpf mich in Gegenwart von Erwachsenen und Kindern, bitte, nicht aus. 3. Wenn du auf längere Zeit fortgehst, dann sage mir, bitte, wohin du gehst. 4. Teile mir auch, bitte, mit, wann du weggehst und wann du wiederkommst. 5. Bitte, gib mir das Recht, einiger Wünsche mich freuen zu dürfen. 6. Gib mir auch eine gewisse Geldsumme für meinen persönlichen Bedarf. 7. Es gibt Dinge, die du selbst erledigen kannst. Beanspruche dafür bitte nicht die Aufmerksamkeit anderer. (Womit sie sich selbst meint, mit diesen „anderen“!) 8. Vor den Kindern tue bitte nichts, was ihnen ein schlechtes Vorbild wäre. 9. Bitte, gib mir jeden Tag ein wenig Zeit zum Lesen und Lernen! 10. Und sage nicht immer „Di fora!“ („Galo, du da!“), wenn du nach mir ruffst, bitte! Denn ich bin deine Frau und verdiene Achtung! Und die genähsame Japanerin fügt bittend hinzu: „Glaube nicht, daß ich in meinen Bitten und Wünschen anmaßend sei! Sie kommen aus meinem Herzen deiner Frau, die dich liebt.“

\* Gesundheitsprüfung der türkischen Eheandidaten. Die neuen Ehegesetze, die für die Provinz Konstantinopel erlassen worden sind, verordnen, daß alle türkischen Untertanen männlichen und weiblichen Geschlechts, wenn sie heiraten wollen, vorher vor dem Schlichter ihres Dorfes erscheinen müssen. Der Beamte drückt ihnen ein Siegel auf den Arm, um ihre Persönlichkeit genau festzustellen, und schickt sie dann zum Arzt, der mit den Eheandidaten eine Gesundheitsprüfung vornehmen muß. Der Bericht des Arztes muß dann den Behörden vorgelegt und eine besondere Erlaubnis erteilt werden, bevor die Hochzeit stattfinden kann.

## Kiefern- und Eichen-Holz-Submission Nr. V.

Wir haben im Wege des schriftlichen Meistbietenden aus den Forsten der nachstehenden Verwaltungen (Einschlag 1923/24) zu verkaufen:

1. Aus den Forsten des Gutes Karbowo, Post, Eisenbahnstation und powiat Brodnica, ca. 784 im Kiefernlandungs-holz und zwar: ca. 110,45 im I. Al., ca. 392,54 im II. Al., ca. 229,65 im III. Al., ca. 51,36 im IV. Al.

Einschlag liegt direkt am See Bachotel und Fluß Drwęca, außerdem Verladestation Loma-Brodzka ca 1 km.  
2. Gutsverwaltung Trzciann, Post, Eisenbahnstation und powiat Szpólna der Gieřde Chojnice-Nalco, ca. 200 im Eichenlandungs-holz von 3 m aufwärts, Mindeststoppstärke 18 cm, Verladestation ca. 4 km Chaussee.

Angebote sind pro im in Einheitspreisen in Frank loty ab Wald, für jede Verwaltung auf besonderem Blatt, abzugeben. Die Beschäftigung kann nach vorheriger Anmeldung bei den obigen Verwaltungen zu jeder Zeit erfolgen.

Die Gebote sind in einem postmäßig verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Oferta na drewno uzytkowo Nr. V.“ bis zum 19. März 1924 an den unterzeichneten Wójdtal einzureichen und müssen die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß Bieter die Verkaufsbedingungen als bindend anerkennen.

Die Eröffnung der Gebote erfolgt am demselben Tage, mittags 12 Uhr, auf dem Geschäftszimmer des Wójdtal Lesnictwa. Bieter bleiben bis zum 22. März 1924 einschließlich an ihr Gebot gebunden. Der Zuschlag bleibt vorbehalten. Die Verkaufsbedingungen können bei dem unterzeichneten Wójdtal und bei den genannten Verwaltungen eingesehen oder gegen Erstattung des Rückporto bezogen werden.

Wydział Leśnictwa der Pomorska Izba Rolnicza  
Toruń, Bydgoska 56.

Durch Bezug von Originalsaat aus Deutschland ist endlich wieder lieferbar:

Gaathofer Wefeler II, 1. Abfaat, Der Sieger auf besseren Böden!

Drig. v. Stengers Duppauer Hafer, Drig. Gaat

Preis ab Station: 80 % über Posener Höchstnotiz.

Benfings Findlingshafer, 1. Abfaat

Preis ab Station: 45 % über Posener Höchstnotiz.

Gvalbis Hannchengerste, Rombau

Preis ab Station: 30 % über Posener Höchstnotiz.

Weender große, grüne, frühe Solgererbse

Preis auf Anfrage.  
Anerkannte Saatgutwirtschaft Roerberrode  
b. Miesewo, pow. Grudziądz.

### Grauen Haaren

gibt unter Garantie die Naturfarbe wieder

„Axela“

Haar-Regenerator.

Zu haben bei J. Gadebusch Drogenhandl., Poznań, ul. Nowa 7

Junger Hund

(Wolfs) auf d. Namen „Lord“ hörend, entlaufen. N. d. hint. Seite d. eingetrag. Merkmale gezeichnet. Geg. hohe Belohnung abzug. 5888

Corbery 32, L.

### 1 Waggon Bandeisenreifen

29 cm Durchmesser, 30/2 mm stark, hat abzugeben 1138

A. Medzeg, Forderon-Weichel. Telefon 5.

Achtung!

Ältester Gerber von Bydgoszcz gerbt gut und billig u. nimmt tämtl. Peltz, gerb. an. u. Hetmansta 30. ul. Karol Petela.

Beri. Blätterin empf. sich in u. außer d. Hause Dole, ul. Chel-mista 23, Stb., 1 Tr.

### Badeanstalt

Ad. Gaertorhskeas 7. ist Dienstag den 11. dieses Monats wegen Reparatur geschlossen.

C. A. Franke.

### Holz-pantoffel

für Wieberverläufer u. Wallenanstalten liefert wieder in bekannt. Güte u. Preislage ober geg. Einkauf von Kolonial-waren d. alte, bekannte, im Jahre 1898 begründete Firma

Paul Patrzewski Adv. Inhaber

Alexander Fialkowski, Drowice p. Dabrowa, pow. Chelmo.

### laGemenge

vorzügliches Pferdefutter, haben in beliebigen Mengen und preiswert abzugeben

Krucynski i. Ska., ul. Grunwaldzka 105. Tel. 1323-1333. 2487

### Offerten

mit nachstehend. Kennzeichen sind noch nachtraglich eingegangen, um deren baldige Abholung in der Geschäftsstelle, innerhalb 8 Tagen, gebeten wird:

1. 5209, 5328, 5442, 5609, 5743, 2. 5146, 5386, 3. 5331, 5448, 5528, 5. 5076, 6. 5280, 5529, 5678, 7. 2092, 4954, 5015, 5150, 5342, 5397, 5679, 6. 4955, 5456, 8. 5017, 5393, 9. 5464, 10. 4963, 5231, 5302, 5636, 11. 5705, 12. 4971, 5303, 5687, 13. 5706, 14. 1741, 1924, 5561, 15. 5171, 5305, 5349, 5644, 16. 5172, 5243, 5417, 5568, 17. 4976, 5313, 5719, 18. 4780, 5247, 5314, 5651, 19. 5156, 1970, 4917, 5047, 20. 5248, 5315, 5721, 21. 4919, 5184, 5319, 5428, 5498, 22. 5133, 5499, 5596, 23. 5378, 24. 1573, 2264, 25. 5379, 26. 974, 4939, 27. 4988, 5302, 5265, 5512.

## Związkowa Centrala Maszyn

Tow. Akc. Poznań, Wjazdowa 9.

Pflüge, Federzahn-Kultivatoren  
Eggen, Drillmaschinen, Düngestreuer  
„Westfalia“, Kartoffelpflanz-  
lochmaschinen, Futterdämpfer  
Hackmaschinen für Getreide u. Rüben.  
Reinigungsmaschinen  
Trieure aller Art.  
Größtes Ersatzteillager  
in Westpolen.

Günstige Zahlungsbedingungen.  
Prompte Lieferung. Prompte Lieferung.

Telegraphen-Adresse: „CEMATA“

Fernsprecher: 22-80

### oto grafien

1182 Paßbilder  
Vergrößerungen, Bilder und Postkarten  
liert billigst und schnellstens in künstl. Ausführung  
Atelier Viktoria Inh.: A. Rüdiger  
nur Gdańska 19

### Lichtpauspapiere

positiv und negativ  
Zeichenpapiere, Detailzeichen-  
und Pauspapiere.  
A. Dittmann, T.z.o.p.  
Bydgoszcz.

### Runkelsamen

Gelbe und rote Eckendorfer  
empfiehlt  
Bronisław Murawski  
Grudziądz und Lasin.

### August Florek

Leder-Handlung  
ul. Jezzińska 14 Telephon 1830  
empfiehlt als Spezialität  
Pa. Möbelleder  
Kunstmöbelleder  
Sprungfedern (Gleiwitzer)  
und sämtl. Polstermaterial.

### Ruder-Club Frithjof.

Am Mittwoch, den 12. März,  
findet das laufende Geschäftsjahr für die 3.  
Mitgliederversammlung  
statt, zu der alle Mitglieder hiermit einge-  
laden werden.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über den Verbandstag in Toruń.  
2. Vorbesprechung über das 30 jährige  
Stiftungsfest.  
3. Geschäftliches.  
Bydgoszcz, d. 10. 3. 24. Der Vorstand.

### Berliner-Wirt

am Sonnabend in der  
Fischhalle  
verloren gegang.  
Geg. Belohnung abzug.  
Chrobrego 1b. III. z.

### Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. z.  
Dienstag, d. 11. März,  
abends 8 Uhr  
Zängerin aus Liebe  
Operette von 2. 55  
Holl u. von Winterfeld.



